

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Donnerstage und Montage ausgenommen. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 20.- M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 15.00 M. Für Postbezugs nehmen sämtliche Wohnortstellen Bestellungen entgegen. Unter Berücksichtigung des Postzuschlags für Deutschland 16.50 M., für das übrige Ausland 21.50 M., täglich Salvo-Zuschlag, per Viertel für Deutschland und Österreich 20.- M. Abbestellen, Expedition und Verlag: Berlin E. 2, Breite Straße 5-6.

Die nachfolgenden Kompartimente oder deren Raum kostet 1.- M. einschließlich Leerungsgebühr. Kleine Anzeigen: Das fertige Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1.50 M., einschließlich Leerungsgebühr. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 1.50 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: Das fertige Wort 1.50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Preisdruck: Zentrum 2030, 2045, 4510 4603, 4635, 4644, 4926

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Besetzung von Fabriken in Italien

Drohung mit der Aussperrung

Rom, 3. September.

Nach einer Meldung des „Temps“ haben die Arbeiter das Arsenal von Benedig ohne Zwischenfall besetzt. Dem „Messaggero“ zufolge hat sich die Besetzung der Fabriken durch die Arbeiter auf Bologna, Berni, Ivorno und andere Städte ausgedehnt.

Paris, 3. September.

Laut Radiomeldung aus Rom hat der Verband der Metall-Industriellen die Aussperrung für ganz Italien beschlossen. Der Arbeitsminister Labriola hat zu vermitteln gesucht, jedoch sollen sich die Arbeiter ablehnend verhalten. Bei der Besetzung der Fabriken durch die Arbeiter kam es in Genua auf dem Oderwerk zu Zusammenstößen mit der Polizei, die auf dem Waffengebrauch machte. Ein Arbeiter wurde getötet, zwei schwer verletzt.

Zwischen der Regierung und Arbeitervertretern wird über die durch die Besetzung der Fabriken geschaffene Lage verhandelt; die Metallarbeiter sind zu Verhandlungen bereit, falls die Industriellen Konzessionen machen. Die Lage wird als ernst bezeichnet, da die Bewegung sich über das ganze Land ausbreitet.

Nach dem „Corriere della Sera“ haben die Sozialisten von Triest und Umgebung beschlossen, in den Generalstreik zu treten, der sich über ganz Venetien und Julien erstrecken soll.

Vor der Entspannung?

Rom, 4. September.

Die „B. J.“ meldet: Die friedliche Lösung der Differenzen in der Schwerindustrie steht in Aussicht. Der Arbeitsminister Labriola und der Generalsekretär des Arbeiterverbandes erklärten sich mit der Ernennung einer dreigliedrigen Kommission, bestehend aus Vertretern der Regierung, der Arbeiter und der Arbeitgeber, einverstanden. Inzwischen sollen die Arbeiter ihre Obstruktion aufgeben. Der Ausgang hängt von dem Beschluß der sozialistischen Parteileitung und des allgemeinen Arbeiterverbandes ab, die morgen in Mailand zusammentreffen.

Die Breslauer Ausschreitungen

Vor der Einigung?

Paris, 4. September.

Das Ministerium des Auswärtigen hat, wie Paris meldet, aus Berlin einen amtlichen Bericht erhalten, daß die deutsche Regierung alle Forderungen zur Genugtuung für die Ereignisse in Breslau bewilligt hat.

Paris, 4. September.

Der „Temps“ hebt hervor, daß der französische Botschafter Charles Laurent die beiden von der deutschen Regierung vorgeschlagenen Änderungen an der Genugtuungsleistung für Breslau angenommen hat. Die deutsche Verfassung gestatte dem Reichskanzler nicht, selbst Entschuldigungsbesuche abzuhalten. Ueberdies wird der Minister des Auswärtigen, der ihn vertreten wird, belläufig bemerkt, daß die Ereignisse in Breslau bis zu einem gewissen Grade erklärlich seien. — Der „Temps“ ist über diese Lösung sehr befriedigt. „Frankreich“, so sagt das Blatt, „versteht keinen Streit ohne Grund in die Länge zu ziehen“.

Generalstreik in Augsburg

Augsburg, 4. September.

Durch die freigewerkschaftlichen organisierten Arbeiter, Angestellten und Betriebsräte wurde wegen der blutigen Krawalle am Mittwoch für heute der Generalstreik verkündet. Die Werke der Augsburger Industrie bleiben jedoch nach einer Erklärung der Unternehmer offen mit der Begründung, daß der weitans größte Teil der Augsburger Arbeiterschaft selbst der radikalen Kreise nicht einverstanden sei. Auch die bürgerlichen Zeitungen erschienen.

Das Blatt der Unabhängigen Sozialdemokratie, der „Volkswille“, wurde wegen eines gegen die Polizei gerichteten Artikels, in welchem auch zum Generalstreik aufgefordert wurde, verboten.

Der Generalstreik in Stuttgart

Stuttgart, 3. September.

Eine Betriebsräteversammlung nahm heute Abend von den zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern bezgl. des Generalstreiks im Beisein der Regierung getroffenen Vereinbarungen Kenntnis und beschloß, daß morgen in einer Betriebsräteversammlung nur Betriebsratsmitglieder und je drei Vertreter der S. P. D., der U. S. P. D. und der K. P. D. Zutritt haben sollen, über Annahme oder Ablehnung dieser Vereinbarungen entschieden werden soll.

Verhandlungen mit den Daimler-Werken

Stuttgart, 4. September.

Mit der Daimler Motoren-Gesellschaft, die sich an den Beratungen wegen Beilegung des Generalstreiks nicht beteiligt hat, werden unter Mitwirkung der Regierung neue Verhandlungen geführt. Die

Vereinbarungen sollten gestern Abend der Versammlung der Stuttgarter Betriebsräte zur Genehmigung vorgelegt werden. An ihrer Annahme ist bei dem Stand der Bewegung nicht zu zweifeln.

Baldiger Friede in Sicht?

Nach einer Meldung aus Paris haben die Nachrichten über die polnischen Kriegsziele in französischen Regierungskreisen große Begeisterung erregt. Man wolle den polnischen Wünschen auf Abtrennung gewisser Grenzgebiete von Rußland und Litauen energischen Widerstand entgegensetzen, den wirtschaftlichen Wünschen Polens allerdings entgegenkommen. Solchen Friedensbedingungen, die über den Rahmen der von den Alliierten gemachten Vorschläge hinausgehen, soll nicht zugestimmt werden.

Aus Warschau wird gemeldet, man sei dort allgemein der Ansicht, daß der Friede bald geschlossen werden könne, zumal die Russen sich nachgiebig zeigen. Polen verlange die Linie des alten Königreichs Polen sowie die Aufrechterhaltung der polnischen Souveränität über Bialystok. Polen erkenne das Selbstbestimmungsrecht der kleinen Völker an. Polen sei zur Kriegsschädigung bereit, falls Rußland auch die durch die Offensive und den Krieg in Polen verursachten Schäden gutmache. Polen sei zur Entwaffnung bereit, falls sie in ganz Europa durchgeführt wird. Polen verlangt die Rückführung aller durch die zaristische Regierung aus Polen verschleppten Güter, Kunstwerke und Gemälde. Die polnische Abordnung reißt am Mittwoch nach Kiga ab, wo der Abschluß des Waffenstillstandes in einer Woche, der des Friedens in vier Wochen erfolgt wird.

Polnischer Frontbericht

Warschau, 4. September.

Amlicher Heeresbericht vom 3. September. An der Frontlinie Suwalki-Wlodawa keine Veränderung. Die Reiterarmee Budjennys sammelt sich unter dem Schutze freier in den Kampf geworfener Infanterie-Abteilungen, die in der Gegend von Orubiesnow durch heftige Gegenangriffe den Rückzug Budjennys aufhalten versuchten. Nach blutigen Kämpfen wurden diese Angriffe durch unsere Abteilungen zum Scheitern gebracht. Auf dem Südflügel nahmen polnische Truppen Besitz und eroberten dabei vier Maschinengewehre, 12 Munitionswagen und technisches Material. Der Ort Semberg wurden unsere, in der Linie Bug-Gnija Lipa stehenden Abteilungen, besonders in der Gegend von Buz und Girsjowka mehrfach heftig angegriffen, doch wurden diese Angriffe mit Hilfe von Tanks zum Scheitern gebracht. Längs des Dnjestr beiderseitige Erkundungstätigkeit.

Polnische Vorschläge an Litauen

Warschau, 4. September.

„Robotnik“ schreibt: Wir halten es für dringend erforderlich, daß Verhandlungen mit Litauen eingeleitet werden, aber Polen mit konkreten Vorschlägen herzutritt. Bis jetzt kommen zwei verschiedene Vorschläge in Frage. Nach dem ersten sollen aus Wilna und Kowno zwei Kantone geschaffen werden, die eine selbständige Republik mit Ansehluß an Polen bilden. Der andere Vorschlag sieht die Wahl einer Konstituante in den Gouvernements Grodno und Wilna vor, die über die Zugehörigkeit zu Litauen oder Polen selbst entscheiden soll.

Defensivbündnis der baltischen Randstaaten

Kopenhagen, 4. September.

In einer Erklärung der litauischen Delegation auf der baltischen Konferenz wird die Notwendigkeit eines Defensivbündnisses aller baltischen Randstaaten betont, die mit Rußland Frieden geschlossen haben.

Rückzug der Bolschewisten aus Nordpersien

London, 4. September.

Der Mitarbeiter der „Times“ bei den persischen Streitkräften in Nordpersien meldet: Einwohner aus Reschid, die von dort geflüchtet sind, weil es keine Nahrungsmittel mehr in der Stadt gibt, erzählen, daß die Bolschewisten Reschid und Engeli am Kaspiischen Meer geräumt haben.

Keine Auslieferung der ungarischen Volkskommissare

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.)

Wien, 3. September.

Das Wiener Oberlandesgericht lehnte die Forderung nach Auslieferung der ungarischen Volkskommissare unter Berufung auf das nach dem Sturz der Räteregierung zwischen der ungarischen Gewerkschaftsregierung und der österreichischen Regierung abgeschlossenen Übereinkommen ab, wonach den ungarischen Volkskommissaren Asylrecht in Oesterreich gewährt wird.

Der Abgeordnete Viktor Drobny wirft der ungarischen Nationalversammlung vor, durch die ungesetzlich verordnete Ausnahmeprüfung die Kinder armer Eltern aus den Mittelschulen auszuschließen. Das ungarische Parlament verhandelt einen Gesetzesentwurf über den numerus clausus (Beschränkung der Hörerzahl) in den Hochschulen. Es liegen mehrere Vorschläge vor, die zahlenmäßig bestimmen, wie viele Juden in Hochschulen aufgenommen werden können.

Die Konferenz in Brüssel

B. A. Die seit langem in Aussicht genommene große Finanzkonferenz des Völkerbundes soll am 24. September in Brüssel stattfinden. Sie wird sich mit den im Vordergrund des allgemeinen Interesses stehenden finanzwissenschaftlichen und wirtschaftspolitischen Fragen der Gegenwart beschäftigen. Eine Anzahl bekannter ausländischer Volkswirtschaftler hat auf Wunsch des Sekretariats des Völkerbundes Gutachten über die verschiedenen Probleme erstattet. In einer gemeinschaftlichen Erklärung, die kürzlich der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden ist, haben die betreffenden fünf Sachverständigen eine kurze Zusammenfassung der von ihnen empfohlenen Maßnahmen zur Wiederherstellung geordneter wirtschaftlicher Grundlagen gegeben. Es ist anzunehmen, daß die in Brüssel erfolgenden Erörterungen, die an Hand eingehender schriftlicher Darlegungen der einzelnen Delegationen vorgenommen werden sollen, in enger Verbindung mit diesen sachverständigen Äußerungen bleiben werden.

Die schwere Krise der umfassenden kapitalistischen Weltwirtschaft, deren höchste Entfaltung die letzten Jahrzehnte vor dem Ausbruch des Krieges gebracht hatten, zeigt sich von Monat zu Monat in wachsendem Umfang. Nicht nur in der Vernichtung gewaltiger Mengen von Rohstoffen, Halbfabrikaten und Fertigwaren, in der Abnutzung und Zerstörung von maschinellen Anlagen, Transportmitteln und zahllosen Stätten industrieller und landwirtschaftlicher Produktion zeigt sich diese gewaltige Katastrophe der modernen Gesellschaft, sondern auch gleichzeitig und besonders empfindlich in der kaum übersehbaren Zerrüttung der internationalen Finanzverhältnisse, deren Ordnung und Stetigkeit die Ordnung und Stetigkeit der Währungsverhältnisse sicherte und dadurch dieses weitverbreitete feinmaschige Netz des internationalen Geld- und Kreditverkehrs ermöglichte, ohne das die fortschreitende Ausgestaltung der Handelsbeziehungen aller Völker, der kapitalistische Warenaustausch über Landesgrenzen und Meere hinweg nicht annähernd so einfach und sicher sich hätte vollziehen können. Die Zerrüttung dieser geordneten Beziehungen, die sich zum Beispiel am deutlichsten in dem scheinbar planlosen Durcheinander der Wechselkurse manifestiert, verhindert gegenwärtig die Wiederaufnahme der erforderlichen engen wirtschaftlichen Verbindungen zwischen den einzelnen Staaten. Bei der vorgeschrittenen Form internationaler Arbeitsteilung aber führt diese durch die Gestaltung der Wechselkurse herbeigeführte Hemmung zu unerträglichen Schwierigkeiten, die sich der Entfaltung und Ausgestaltung der produktiven Kräfte der Länder entgegenstellen. Die ökonomische Gesundung, die einzig und allein durch eine Erhöhung der produktiven Arbeitsleistung aller Völker herbeigeführt werden kann, wird auf diese Weise in wachsendem Umfang verhindert. Die Krankheit, welche am schlimmsten im Körper der im Kriege unterlegenen Nationen wütet, wird dadurch nicht nur keiner Heilung zugeführt, sondern sie frisst sich im Gegenteil immer weiter und überträgt sich auf die verhältnismäßig widerstandsfähig gebliebenen Staaten.

Die Erkenntnis, daß es notwendig sei, den internationalen Austausch- und Verkehrsbeziehungen wieder eine unantastbare Grundlage zu geben, die erneut die Möglichkeit weitanschauender Dispositionen und gemeinsamer Arbeit bringen könnte, ist verhältnismäßig weit verbreitet. Nicht nur Deutschland oder seine noch schwerer getroffenen östlichen und südöstlichen Nachbarn leiden unter den schwierigen wasserwirtschaftlichen Verhältnissen, die eine dauernde Unruhe in die gesamte wirtschaftliche Betätigung des Landes tragen, sondern fast ebenso unangenehm machen sich diese Erscheinungen auch bei den meisten anderen europäischen und außereuropäischen Staaten bemerkbar. Um sich ein ungefähres Bild von dem ständigen Auf und Ab aller Valuten zu machen, braucht man nur wenige Tage hintereinander die Devisennotierungen der verschiedenen internationalen Börsen, etwa Newyork, London und Zürich zu beobachten. Es zeigt sich alsdann die Erscheinung, daß selbst die Länder, deren goldbedingte Währung uns mit stillem Reide erfüllt, ein scharfes Disagio gegenüber dem Dollar haben, dessen Kurs gegen die Währungen aller Länder — mit Ausnahme Japans — über Parität steht. Wenn die Differenz auch zum Teil weit unter den 1000 Prozent bleibt, die gegenüber der deutschen Reichsmark gegeben sind, so ist doch zum Beispiel das Pfund Sterling immer noch 25 bis 33 Prozent unterwertig, während Frankreich, Italien und Dänemark noch weit größere Veränderungen zeigen. Aber nicht nur gegenüber dem Dollar, sondern genau ebenso im Verhältnis der einzelnen europäischen Währungen untereinander zeigen sich ununterbrochen mehr oder minder bedeutende Verschiebungen der Wertverhältnisse, sobald überall die spekulative Tendenz jeder wirtschaftlichen Betätigung außerordentlich gewachsen ist. Eine der Hauptursachen dieses Durcheinanders der Devisenverhältnisse ist natürlich die Gestaltung der Handelsbilanz, die bei den meisten Staaten gegenüber den Vereinigten Staaten von Nordamerika passiv geworden ist, sobald der Umfang der europäischen Verschuldung an den amerikanischen Kontinent in ihrem vollen Umfange kaum abgeklärt werden kann. Ueberall aber ist außerdem während des Krieges und in der Nachkriegszeit die Erscheinung der Inflation zu bemerken, wenn es auch wenige Länder gibt, in denen sie derart katastrophalen

Ausmaß erreicht hat, wie etwa in Deutschland, Deutschösterreich oder Polen.

Die Zerrüttung der inländischen Währung durch Ausgabe von Papiergeld mit Zwangskurs, durch Inanspruchnahme der Notenpresse zur Deckung der staatlichen Bedürfnisse hat in den einzelnen Ländern verschiedene Umfänge erreicht. Die deutschen Finanzverhältnisse drohen immer mehr zu einer Katastrophe zu führen. Die Schaffung zusätzlicher Kaufkraft durch ständige Neuausgabe von Banknoten hat in den letzten Monaten ein noch schnelleres Tempo eingeschlagen, als in den vorhergehenden Jahren. Die Entwertung des Geldes, die eine selbstverständliche Folge der Produktion von Geldzeichen sein muß, wenn ihnen keine entsprechenden Güterwerte, deren Zirkulation sie ermöglichen sollen, gegenüberstehen, zwingt bei den derzeitigen Methoden der Finanzwirtschaft zu vermehrter Ausgabe überschüssigen Papiergeldes. Der Staat, der seine Beamtengehälter und alle sonstigen Ausgaben mit gedruckten Zetteln bezahlt, statt mit effektiven Steuereinnahmen, vermehrt den Geldumlauf, ohne gleichzeitig das zirkulierende oder vorhandene Quantum Waren zu vermehren. Er kann also durch die Schaffung einer neuen Quantität Kaufkraft nichts anderes erreichen, als daß die Summe der zum Erwerb einer bestimmten Warenmenge erforderlichen Geldscheine wächst, die Verringerung des Geldwertes entsprechende Fortschritte macht. Jeder Kampf gegen diese notwendige Folge einer derartigen Finanzpolitik muß auf die Dauer undurchführbar werden und kann den Zusammenbruch der Geldwirtschaft nur hinauszögern, aber keinesfalls verhindern.

Nur die entschlossene Abkehr von diesem System eines bankrotten Spielers und die rücksichtslose Durchführung einer Finanzreform vermag den katastrophalen Zusammenbruch, dem wir in Deutschland zusteuern, vielleicht zu verhindern. Die Krise der Staatswirtschaft, die nicht ohne schwerwiegenden Einfluß auf die gesamte Volkswirtschaft bleiben kann, ist bereits sehr weit fortgeschritten. Eine Schuldenlast, die annähernd 300 Milliarden Mark erreicht hat, ein vorausschätzliches Jahresdefizit von 40-45 Milliarden Mark, ein Papiergeldumlauf von etwa 70 Milliarden Mark und eine lächerlich geringe Einnahme regulärer Steuern, deren Einziehung sich von Monat zu Monat verzögert, das sind die Zahlen und Angaben, die besser als lange Auseinandersetzungen auch dem Optimisten zeigen müssen, wo wir stehen!

Die internationale Finanzkonferenz auf den 24. September festgesetzt

U. Dr. Bräffel, 4. September.

Die internationale Finanzkonferenz wird ihre Sitzung in der Abgeordnetenkammer abhalten. Die Versammlungen sind endgültig auf die Zeit vom 24. September bis 1. Oktober festgesetzt worden. 33 Staaten werden vertreten sein. England wird drei Vertreter entsenden.

Der „soziale“ Reichstagsdirektor

Wir erhalten folgende Zuschrift:

In dem Artikel „Der soziale Reichstagsdirektor“ in Nr. 334 der „Freiheit“ vom 17. August wird mitgeteilt, der Direktor beim Reichstag habe 100 Kanzleibedienten gekündigt, fleißigen Arbeitern, von denen nicht wenige bis zu zehn Jahren im Dienst des Reichstags tätig sind.

Der Sachverhalt ist folgender: Die Kündigung von 95 ausbittungsweise angestellten Kanzleibedienten ist durch einen Beschluß des Vorstandes des Reichstags erfolgt. Von den Geförderten sind 88 noch nicht ein Jahr, manche erst wenige Monate im Reichstag beschäftigt, alle aber unter der Bedingung eingestellt, daß sie mit Beginn der großen Sommervertretung entlassen würden. Sie sind bei ihrer Einstellung mit dieser Bedingung einverstanden gewesen, da ihre Anstellung gleich zu achten war der ausbittungsweise Anstellung in jedem anderen Betriebe, der vorübergehend einer größeren Zahl von Arbeitskräften bedarf.

Auf Vorschlag des Direktors sind alle diese Herren bis zum 1. September weiter beschäftigt worden, obwohl die Reichstagsarbeiten schon am 5. August beendet waren und einem Teil bereits früher hätte gekündigt werden können. Es ist ihnen ferner in Aussicht gestellt worden, vor Zusammentritt des Reichstags wieder eingestellt zu werden. Die Herren haben alle auch den ihnen zustehenden Urlaub unter Fortzahlung des Gehalts erhalten. Schließlich sind nachträglich neun Herren, die länger als ein Jahr, nämlich bereits vor dem Kräfte beim Reichstag beschäftigt waren, in ihrer Arbeit belassen worden, da während der Pause Ausschüsse einberufen wurden. Während nach den früheren Bestimmungen nur die mehr als 15 Jahre beim Reichstag angestellten Kanzlei-

bedienter als fest angestellt gelten, hat der Vorstand in derselben Sitzung beschlossen, diese Anstellung von jetzt ab bei zehnjähriger Dienstzeit eintreten zu lassen. Weitergehende Anträge fanden keine Mehrheit.

Es sind also in allen diesen Arbeitsbedingungen Verbesserungen gegenüber früher eingetreten und ist bei allen der abgeschlossene Tarif beachtet und seine Vereinbarungen verbessert worden. Die Verwaltung des Reichstags muß die in dem Artikel ausgesprochene Kritik deshalb als sehr ungerecht empfinden.

Löbe, Präsident des Reichstags.

Wir möchten zu dieser Zuschrift bemerken, daß nach unserer Kenntnis der Sachlage bei den Beratungen im Vorstand des Reichstages die unabhängigen und rechtssozialistischen Mitglieder bei ihrem Eintritten für die Angestellten überstimmt worden sind. Es wird jetzt neuerdings ihre Aufgabe sein, dafür zu sorgen, daß die Interessen der Angestellten des Reichstages gewahrt werden, insbesondere, da nach unserer Meinung die Zahl der zur Verfügung der Abgeordneten stehenden und zur Abfertigung der Besucher notwendigen Beamten erheblich zu klein ist.

Wer ist ein Führer?

Die Meldung, daß das Reichsgericht das Verfahren gegen Traub eingestellt hat, ist bestätigt worden. Außer ihm sind aber auch der Rechtsanwalt Brederick, der Kapitänleutnant Lensch und der Unterstaatssekretär Freyherz von Falkenhausen außer Verfolgung gesetzt worden. Trotzdem sie in der Kappregierung leitende Posten bekleidet haben, ist das löbliche Reichsgericht der Meinung, daß sie als Urheber oder Führer des hochverräterischen Kappunternehmens nicht in Betracht kommen.

Wer bleibt nun noch nach der Meinung des Reichsgerichts als Führer des Kappunternehmens übrig? Vorläufig nur noch Herr v. Jagow und Kapp und Lüttich. Aber es bedarf keiner Prophetengabe, um vorauszuschauen, daß in einigen Monaten auch sie die Führereigenschaft in den Augen der Herren Reichsrichter verloren haben werden. Es ist doch außerordentlich bezeichnend für die politische Situation, daß sich die Milde dieses hohen Gerichts jetzt bereits so auffällig hervorwagt.

Rebellion gegen Seecht

Die Anweisung des Generals Seecht an die Heeres- und Marinekammer hat den Erfolg gehabt, daß er alle Vertreter der Unteroffiziere und Mannschaften gegen sich aufgebracht hat. In den gestrigen Sitzungen der beiden Kammern wurde erst die durch das Weisliche Bureau verbreitete Darstellung des Generals v. Seecht vorgelesen; im Anschluß daran versuchten die Vorstehenden, ein General und ein Admiral, die weiteren Verhandlungen abzuschneiden. Das wurde in beiden Kammern verhindert. Die Vertreter der Unteroffiziere und Mannschaften erklärten durch ihre Sprecher, daß ihr Vertrauen zum Reichswehrministerium und zum Chef der Heeresleitung durch diesen Entschluß auf das allerhöchste erschüttert worden sei. Sie verlangten die Durchführung parlamentarischer Geschäftsordnungen, sonst würden sie sich an weiteren Verhandlungen nicht mehr beteiligen. Es wurde schließlich in beiden Kammern ein Antrag auf Vertagung bis zum 20. September angenommen. Wir sind neugierig, wie sich der Reichswehrminister und der General v. Seecht mit dieser neuen Mißbilligung ihrer Tätigkeit abfinden werden. Das Vertrauen der großen Masse der Bevölkerung haben sie noch nicht befallen, nun ist es ihnen auch von den Unteroffizieren und Mannschaften der Reichswehr gekündigt worden.

Die Schweizer Sozialdemokratie und Moskau.

Die sozialistische Zeitung „Sentinelle“ in Genf meldet aus Bern, daß der geschäftsführende Ausschuss der sozialdemokratischen Partei der Schweiz mit allen gegen eine Stimme eine Erklärung angenommen hat, die das Zentralkomitee ersucht, seinen Entschluß, der dritten Internationale beizutreten, zurückzunehmen und beantragt, den Beitritt infolge der vom Moskauer Kongress gestellten Bedingungen abzulehnen.

Eine Falschmeldung

Der „Vorwärts“ bringt folgende Mitteilung:

Die Artikel Dittmanns über die Zustände in Sowjetrußland haben auf der Reichskonferenz der U. S. P. eine große Rolle gespielt. Wie wir erfahren, bildeten sie schon vor ihrer Veröffentlichung den Gegenstand bestigter Auseinandersetzungen, da jene

Richtung, die eine wahrheitsgemäße Darstellung der russischen Zustände als „konterrevolutionär“ empfindet, alle Mienen springen ließ, um die Veröffentlichung zu verhindern. Man stellte sich sogar hinter das scheinbare Personal und veruchte dieses aufzuheben, daß es die Arbeit zur Drucklegung der Dittmannschen Artikel verweigern sollte! Die Veröffentlichung der Artikel wurde auf diese Weise acht Tage lang verhindert. Die Anhänger der Dritten Internationale sind sicher fanatischer, bloß Wahrheitssammler sind sie auf keinen Fall!

Es ist unrichtig, daß die Veröffentlichung der Dittmannschen Artikel durch den Widerstand des technischen Personals der „Freiheit“ um acht Tage verzögert worden ist. Lediglich der erste Artikel Dittmanns ist von der Redaktion um zwei Tage zurückgestellt worden. Im übrigen aber möchten wir unser Bedauern darüber Ausdruck geben, daß interne Vorgänge, wenn auch in enklarer Form, die nur einem kleinen Kreis von Personen bekannt sein können, den Weg in den „Vorwärts“ genommen haben.

Reichskonferenz der U.S.P.

Genosse Crispian teilt uns mit, daß eine Stelle seines Schlusswortes falsch wiedergegeben worden ist. Im vorletzten Absatz des Berichts über diese Rede muß es richtig heißen:

„Ich stelle fest, daß es unerträglich ist, die Sache so darzustellen, als ob die Ablehnung der Bedingungen eine Abfolge an Sowjet-Rußland bedeute. Ich lehne es ab, das zu bekennen, denn für jeden unabhängigen Sozialdemokraten ist nicht nur die theoretische, sondern auch die tatsächliche Solidarität mit Sowjet-Rußland so selbstverständlich, daß jede andere Behauptung eine verleumderische Unterstellung ist.“

Genosse Rudolf Breitscheid schreibt uns: „In der Freitagsagung der Reichskonferenz, an der ich leider nicht teilnehmen konnte, hat Genosse Stoeker nach dem Bericht der „Freiheit“ mit Bezug auf mich gesagt, daß man mit einem Bekenntnis zu Kautskys nicht zur dritten Internationale komme. Am Mißverständlichen und Mißdeutungen vorzubeugen, stelle ich fest, daß ich in meiner Rede ausdrücklich erklärt habe, ich sei mit der Stellungnahme Kautskys gegenüber dem Bolschewismus nicht einverstanden. Ich habe dann allerdings nachträglich gegen die Art und Weise polemisiert, wie Kautsky jetzt von vielen Parteigenossen, bei denen der Sozialismus noch sehr jung sei und bei denen durchaus nicht immer die nötige Bekanntheit mit Kautskys Leistungen vorausgesetzt werden könne, behandelt werde. Kautsky habe hundertmal mehr für die soziale Revolution getan als viele seiner Kritiker.“

Wenn man mit diesem „Bekenntnis“ nicht zur dritten Internationale kommen kann, so ist das in erster Linie um der dritten Internationale willen zu bedauern.“

Genosse Walter Stoeker schickt uns folgende Erklärung: „Ich protestiere hiermit gegen die einseitige und innerstehende Berichterstattung über die Reichskonferenz in der Presse und verwehle alle Genossen auf das in Kürze erscheinende stenographische Protokoll. Ich lege Wert auf die Wiedergabe folgender Worte meiner Schlussrede, wo ich sagte: „Ohne Zweifel steht die Partei in ihrer entscheidenden Krise. Die heftigen Auseinandersetzungen und erregten Szenen hier zeigen, daß uns vieles trennt. Die Reden, die hier gehalten wurden, haben Klarheit darüber gebracht, daß zwischen uns und einer Reihe von führenden Genossen ein so tiefer Riß, eine so tiefe Kluft besteht, daß darüber die Parteigenossen entscheiden müssen. Es hat gar keinen Zweck, hier irgendwie etwas verflüchtigen zu wollen, in dieser Frage gibt es nur ein Entweder — Oder. Wir wollen eine revolutionäre Massenpartei, aber eine reine Partei, und ich bin fest davon überzeugt, daß wir dieses Ziel erreichen. Die Entscheidung darüber liegt in den Händen unserer Parteigenossen.“

Zu der Erklärung des Genossen Stoeker bemerken wir, daß außer ihm kein Redner eine wörtliche Wiedergabe seiner Ausführungen verlangt hat. Vielmehr hat die Reichskonferenz in ihrer Gesamtheit volles Verständnis dafür gehabt, daß ein summarischer und in größter Eile hergestellter Bericht niemals Anspruch auf absolute Genauigkeit machen kann.

Brandenburgischer Provinziallandtag

Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg hat soeben im Auftrage der preussischen Staatsregierung den brandenburgischen Provinziallandtag einberufen. Die Eröffnungssitzung findet am Dienstag, den 14. September, mittags 12 Uhr, im Landeshaus in Berlin statt. Man rechnet mit einer Tagungsdauer von etwa acht Tagen. Bei der Tagung wird die Stellungnahme zu dem neuen Groß-Berlin eine Rolle spielen. Da am 1. Oktober die zahlreichen Vertreter der Berliner Vororte aus dem Provinziallandtag ausscheiden, muß auch die Frage entschieden werden, ob Neuwahlen zum Provinziallandtag stattfinden sollen oder ob der Restlandtag weiter bestehen soll. Schließlich sind auch noch Befoldungsfragen zum Abschluß zu bringen.

Wahre und falsche Lungen-Fürsorge

Von Dr. med. Paul Bergmann.

Der Pichtenberger Magistrat hat einen Vernichtungskampf gegen die Wangen eröffnet. Diese blutigen Feinde unserer nächsten Nähe werden nämlich neuerdings von der medizinischen Wissenschaft beschuldigt, daß die Lungentuberkulose zum Teil ihr Werk ist. Sie sollen zur Ausbreitung dieser verheerenden Volksseuche dadurch beitragen, daß sie den Schwindstreckereger, den Tuberkelbazillus, aus dem Blute der Lungenleibenden aussaugen und dann durch Bißse auf gesunde Menschen übertragen. Der Magistrat hat daher die Verfügung erlassen, daß in allen Häusern Pichtenbergs die Wohn- und Schlafräume der Tuberkulösen durch städtische Desinfektoren von Wangen gründlich zu reinigen seien.

Dieser Feindzug gegen die Wangenplage ist gewiß gut gemeint und verdient an sich ungeteiltes Lob, aber seine Begründung mit dem Schutze gegen Tuberkulose muß ernsthafte Bedenken erwecken. Denn abgesehen davon, daß die Möglichkeit zur Übertragung dieser Krankheit mittels Wangen wissenschaftlich keineswegs anerkannt ist, sondern nicht viel mehr als eine Vermutung bedeutet, so ist in Frage stehende Maßnahme nur allzu geeignet, die ganz unbedeutende Vorstellung zu erwecken, als werde damit die Quelle der Tuberkulose verstopft, so daß sich die Betroffenen in falscher Sicherheit wiegen lassen.

Diese muß um so verhängnisvoller wirken als der Kampf gegen die Lungenschwindsucht nur dann aussichtsreich ist, wenn er plan- und taktvoll gegen ihre Wurzel gerichtet ist, wenn er nicht umsonst aber führt die Tuberkulose den Namen Proletariatskrankheit; denn die proletarische Lebenslage mit ihrem Hohn auf die wichtigsten Anforderungen der Gesundheitspflege ist die wahre Wurzel dieser furchtbaren Krankheit. Die Auspöpelung des Säuglings mit Milchbrei statt der naturgemässen Muttermilch, der Aufenthalt des heranwachsenden Kindes in überfüllten und schlecht durchlüfteten Schlafzimmern, die ungenügende Ernährung der arbeitenden Klassen, ihr mangelhafter Schutze gegen Erkältungsverfahren, die Überdörfung ihrer Luft- und schlammigen Wohn- und Schlafräume, alle diese und ähnliche Einflüsse bilden den Nährboden, auf dem der Schwindstreckereger allzu gedeiht und von wo er, ob mit oder ohne Wangenvermittlung, seinen Eingang in die Lungen der Proletarier findet. Seinem Fortschreiten kann man mit Insektenpulver wahrlich keinen Einhalt tun, sondern zum erfolgreichen Kampfe gegen die Tuberkulose ist es ganz unerlässlich, die Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung von Grund auf zu bessern und mit den Forderungen der Hygiene in Übereinstimmung zu bringen.

Zu diesem überaus wichtigen sozialen Werke ist es vor allem erforderlich, die Lungenfürsorge zu vertiefen und auszuweiten sowie insbesondere an den öffentlichen Beratungsstellen für Lungenleidende eine Kampftruppe von Ärzten bereit zu halten, die mit

der Aufgabe betraut sind, die Krankheit in ihren ersten, noch heilbaren Anfängen zu erkennen, die Schritte zur Dauerbehandlung der Erkrankten einzuleiten und seine Umgebung durch sachgemäße Verordnungen vor Ansteckung zu schützen.

Angesichts der anerkannten Notwendigkeit und Bewährtheit der Lungenfürsorge-Stellen muß es in hohem Grade bedauern, daß die Landesversicherungsanstalt Brandenburg im Begriffe steht, sie nicht etwa weiter auszubauen, sondern im Gegenteil — angeblich aus Mangel an verfügbaren Geldmitteln — auf ein dürftiges Maß einzuschränken. Neuerliche Sparmaßnahmen auf allen Gebieten des Staatshaushalts wird uns freilich durch die traurige Lage unserer Volkswirtschaft zur unabwendlichen Pflicht gemacht. Aber die Sparmaßnahme muß am richtigen Platz gelobt werden, sonst wird sie aus einer Tugend zum Fehler, ja sogar zum Verbrechen.

Der kostbarste Besitz des Volkes und sein wahrer Reichtum ist die Volksgesundheit. Zu ihrem Schutze und zu ihrer Befestigung sind nicht die billigsten, sondern die wirksamsten Mittel zu wählen. Nach diesem Grundsatze sind die Fürsorgestellen nicht einzuschränken, sondern zu erweitern, und auch die Wagnertafel darf sich nicht auf den Vorzug ihrer Billigkeit berufen, denn im Kampfe gegen das Rieseneis der Tuberkulose vermag sie nicht mehr auszurichten als ein Panzer aus Papier gegen ein Maschinengewehr.

Ein Krappelfilm. Als Abschluß des in Berlin tagenden allgemeinen Krappelfilmkongresses wurde am 2. September in den Kammerkinotheatern vor den Kongreßteilnehmern der von der Kulturabteilung der Ufa hergestellte Volksbelehrungsfilm über „Krappeln und Krappelfürsorge“ vorgeführt. Der Film ist unter Mitarbeit des Professors Wieselski, dem Vorsitzenden des Krappelfilmkongresses, hergestellt worden. Es sollen die Verkrüppelten selbst, ihre Angehörigen und ganz allgemein das Laienpublikum darüber aufgeklärt werden, wie weit Krappeln zu ihrem Fortkommen und zu ihrer Genesung noch zu helfen ist, insbesondere soll auch das im Laienpublikum verbreitete Gerücht vor den Krappelheimen zum Schwaben gebracht werden. Die Regie dieses Filmes hat es vermieden, die dargebotenen Bilder zu lehrhaft und trocken aneinander zu reihen, sodas auch das allgemeine Publikum in dem mit dem Film beabsichtigten Sondervorstellungen über das rein sachliche Interesse hinaus an diesem Lehrfilm Interesse finden wird. Da die Krappelfürsorge sich auch mit Belehrung und Unterhaltung der Krappeln verbinden müssen, führte anschließend an den Krappelfilm der wissenschaftliche Referent der Kulturabteilung, Dr. Kaibus, pädagogische Filme aus dem Lehrfilmarchiv der Kulturabteilung vor.

In der Volkshalle gelangen am Montag, den 6. September, „Räuber von Heilbrunn“, und am Dienstag, den 7. September, „Göh von Berchtesgarn“, zum ersten Male in dieser Spielzeit abends zur Aufführung.

„Wenn Liebe erwacht...“ (Theater am Kollendorfsplatz). Operette und kein Ende, Liebe und kein Ende. Und das schon bei Beginn der Winterperiode. Was nicht dem Film verfallt (selbst „Hamlet“ blieb nicht verschont), verschlingt die Operette. Am Schönlunds und Koppel-Erleids süßliches Lustspiel „Renaissance“ ist es freilich nicht schade. Die Librettisten Haller und Aldeamus nehmen daraus die schöne Witwe, den jungen Sohn, den italienischen Maler, den hochfestein Magister, und Eduard Künnecke, der erfolgreiche Komponist des „Bielgeleiten“ schreibt dazu die Musik. Das seriös ausgewählte Opernhaufen läuft darin mit dem schlagender Schmissen ziemlich unerbunden einher und auch in der Handlung taumeln Erstes und Possenhafes hilflos durcheinander. Aber es klingt alles gut, ist melodisch läppig umrant und reich ausgestattet. Die Aufführung hatte ihre glänzendsten Besetzer in Vori Penz, Grete Freund und dem Tenor Erich Wirs. Ein überaus bezauberndes Paar waren Carl Goppert und Clara Waldoff, die (zumal im Coupletvortrag) mehr denn je auf der Höhe ihres künstlerischen Könnens stand. Der Erfolg war groß und laut.

Vappandforschungen. Seit Jahren wohnt der schwedische Maler Oskar Elgström im nördlichsten Skandinavien um dort die letzten Reste der eigentümlichen Lappenkultur zu erforschen. Elgström, der über seine früheren Forschungen bereits ein Werk herausgegeben hat, läßt im kommenden Winter ein Buch erscheinen, das sich ausschließlich der Lappenkulturen nördlich von Gellivara widmet. Als Ergebnis der Untersuchungen auf diesem Gebiet kann man sagen, daß sich die Lappen aber eine ursprüngliche, originelle Schöpferkraft kaum zusprechen kann. Künstlerisches Anpassungsvermögen ist ihre Stärke. Einzelne Stämme ziehen geometrische Motive vor andere halten sich lieber an Tiermotive. Es ist nämlich hauptsächlich die Lappen betonen, ist es der letzte Augenblick, in dem die Elgström selbst betont, ist es der letzte Augenblick, in dem seine Arbeit noch Erfolg verheißt. Jedes Jahr, das vergeht, löst mehr von den Besonderheiten der Lappenkultur aus. Ein Beispiel: während früher jeder Stamm, was Tracht und Schmuck betrifft, seine eigentümlichen Kennzeichen hatte, beginnen sie diese Unterschiede jetzt auszugleichen. Und was vielleicht noch wichtiger ist: die Lappen sind im Begriff, das Kommodenstadium zu verlassen. Die Entwicklung ist gewöhnlich die, daß der Bauer zu Hause bleibt, während der Sohn mit den Kennzeichen von Herzlichkeit; der nächste Schritt ist dann die gemietete Hütte. Und damit ist das Stadium der festen Wohnung erreicht. Ein solches Lappendorf bietet eine wunderliche Mischung von Maschinenkultur und Ursprünglichkeit. Die Konstruktion des „Hannes“ weiß auf die Bauart der „Kata“, des Lappentisches, hin; aber in seinen Innern findet man einen modernen Herd und eine Nähmaschine. Die bauwürdigen Häuser, die Ziegen, die herumwoben, die ursprünglichen Trachten der Bewohner geben dem Ganzen ein Robinson-Stimmung.

Das Existenzminimum im August 1920

Von Dr. R. Kuczynski, Direktor des Statistischen Amtes Berlin-Schöneberg.

Die Kosten des Existenzminimums unterliegen seit einigen Monaten erheblichen Schwankungen. Nachdem sie bis zum Mai an- dauernd gestiegen waren, sind sie im Juni bedeutend gesunken, im Juli wieder etwas gestiegen und im August wieder etwas ge- fallen. Daß die Entwicklung so sprunghaft verläuft, beruht vor allem darauf, daß die Wirkungen des Preisabbaus für Kleider, Wäsche und Schuhwerk infolge der Unregelmäßigkeit in der Kar- toffelbelieferung und infolge der Einführung des Steuerabzugs nicht voll zur Geltung kommen konnten. Am geringsten waren die Veränderungen in den Preisen der rationierten Nahrungs- mittel. Sie waren nach wie vor sehr teuer. Im August 1920 kostete in Groß-Berlin Milch 9mal soviel wie vor sieben Jahren, Brot 10mal soviel, Kartoffeln und Butter 14mal soviel, Zucker 16mal soviel, Schmalz 24mal soviel. Beschränkt man sich auf die rationierten Mengen, so ergibt sich im ganzen eine Ver- teuerung auf das Dreizehnfache. In den vier Wochen vom 2. bis 29. August wurden an die Bevölkerung verteilt:

	Preis August 1920	Preis August 1913
7600 Gr. Brot	1800	180
1235 Gr. Nahrungsmittel	615	61
125 Gr. Linen	88	5
125 Gr. Haferflocken	430	30
13000 Gr. Kartoffeln	1125	80
1000 Gr. Fleisch	1860	190
80 Gr. Butter	300	21
750 Gr. Schmalz	2840	111
1075 Gr. Zucker	850	52
500 Gr. Marmelade, Kunsthonig	590	30

10298 769

Dieses rationierten Mengen, für die man jetzt 102,98 Mk. zahlen muß, konnte man vor sieben Jahren für 7,69 Mk. kaufen. Diese rationierten Mengen enthalten nun aber im Wochendurch- schnitt nur etwa 11900 Kalorien, d. h. ungefähr soviel, wie ein Kind von sechs bis zehn Jahren benötigt. Man wird also in das Existenzminimum der Ernährung eines solchen Kindes in Groß-Berlin auf 24 Mk. ansetzen können. Eine Frau braucht etwa 7 x 2400 = 16800 Kalorien. Sie müßte zu den rationier- ten Mengen noch Lebensmittel im Nährwert von 16800-11900 gleich 4900 Kalorien hinzukaufen. Das könnte sie am billigsten tun, indem sie sich noch 2 Pfund Kartoffeln für 0,90 Mk., 1 1/2 Pfund und Gekochtes für 3 Mk., 1 Pfund weiße Bohnen für 2,70 Mk. und 3 Pfund Gemüse für 1,50 Mk. verschafft. Ihr wöchentliches Mindestbedürfnis für Nahrungsmittel hätte also 32 Mk. gekostet. Ein Mann benötigt wöchentlich etwa 7 x 3000 = 21000 Kalorien. Die 4200 Kalorien, die er mehr braucht als eine Frau, könnte er sich zuführen in Form von noch 5 Pfund Gemüse für 2,50 Mk., 1 Pfund Reis für 0,45 Mk. und 1/2 Pfund Margarine für 0,65 Mk. Sein wöchentliches Mindestbedürfnis für Nahrungsmittel würde also etwa 47 Mk. kosten. Eine Familie von Mann, Frau und zwei Kindern von sechs bis zehn Jahren würde mit 127 Mk. wöchentlich für Nahrung auskommen.

Rechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis von Stube und Küche, für Heizung 1 Zentner Briketts und für Beleuchtung 6 Kubikmeter Gas, so ergeben sich als Wochenbedarf für Wohnung 9 Mk., für Heizung 14,90 Mk., für Beleuchtung 6 Mk.

Für Bekleidung, d. h. für Beschaffung und Instandhaltung von Schuhwerk, Kleidern und Wäsche, sind mindestens anzusetzen: Mann 30 Mk., Frau 20 Mk., Kind 10 Mk.

Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Wäsche- reinigung, Fahrgehalt, Steuern usw.) wird man einen Zuschlag von 1/2 machen müssen.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für den Monat August 1920 in Groß-Berlin:

	Mann	Ehepaar	Ehepaar mit 2 Kindern
Ernährung	47	79	127
Wohnung	9	9	9
Heizung, Beleuchtung	21	21	21
Bekleidung	30	50	70
Sonstiges	36	53	76
	143	212	303

Auf den Arbeitstag umgerechnet beträgt der notwendige Mindestlohn für einen alleinstehenden Mann 24 Mk., für ein kinderloses Ehepaar 35 Mk., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von sechs bis zehn Jahren 50 Mk. Auf das Jahr umgerechnet beträgt das Existenzminimum für den alleinstehenden Mann 7450 Mk., für das kinderlose Ehepaar 11050 Mk., für das Ehepaar mit zwei Kindern 16800 Mk.

Vom August 1913 bis zum August 1920 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinstehen- den Mann von 16,80 Mk. auf 143 Mk., d. h. auf das 8,5fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,35 Mk. auf 212 Mk., d. h. auf das 9,5fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,35 Mk. auf 303 Mk., d. h. auf das 10fache. An dem Existenzmini- mum in Groß-Berlin gemessen, ist die Marktlage im Juli 10 bis 11 Pfg. wert. (Im Juli war die Mark 9 bis 10 Pfg., im Juni 10 bis 11 Pfg., im Mai und April 8 bis 9 Pfg., im März 9 bis 10 Pfg., im Februar 12 Pfg. wert gewesen.)

Die Auswanderung nach Rußland

Von der Deutsch-Russischen Industrie-Gewerkschaft wird uns geschrieben:

Der Gewerkschaftliche Nachrichtendienst des A. D. G. B. warnt vor der Deutsch-Russischen Industrie-Gewerkschaft. Wir begrüßen aufrichtig, daß sich der A. D. G. B. endlich in der Öffentlichkeit mit uns beschäftigt. Der A. D. G. B. wußte nicht, daß es außer den führenden Personen ihrer Spitzenorganisation noch Männer gibt, welche verstehen, durch diplomatische Kniffe den A. D. G. B. aus seinem Schlafe zu erwecken. Daß der Gewerkschaftsbund nur aus Verleumdungen operieren kann, hat er auch in dieser Sache ein bewiesen. Will man einen Elefanten fressen, so muß man ein Mäuschen in seinen Zwinger legen. Dieses sind einige Grund- sätze, von denen wir uns bei Gründung der D. R. Z. G. leiten ließen. Durch die Angriffe gegen uns von Seiten des Ge- werkschaftlichen Nachrichtendienstes können wir wieder einen unserer Erfolge buchen.

Daß die "Freiheit" sich aber im Irrtum befindet, wenn sie glaubt, daß die Redaktion des Gewerkschaftlichen Nachrichten- dienstes nur dann gegen den politischen Gegner Angriffe unter- nimmt, wenn sie Beweise und Unterlagen dazu hat, müssen wir leider nachweisen. Im Februar dieses Jahres wurde die Deutsch-Russische Industrie- Gewerkschaft von nur gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeitern ins Leben gerufen. Die Satzungen wurden sofort allen bekannt. Ebenso ein Artikel: "Wie können wir Rußland ge- winnen?" Eine Warnung an alle Auswanderungs- befehligen, geschrieben vom früheren Sekretär der deutschen Ar- beiter in St. Petersburg, Otto Berk, welcher unter Mitglie- derschaft wurde ebenfalls an alle Zeitungen gegeben. Leider sind unsere Aufschriften an die Presse nicht erschienen bis auf einen Artikel im "Textilarbeiter", welcher, obwohl schon im April zu-

gesandt, erst jetzt erscheint und sonderbarerweise als Zuschrift aus Moskau. In diesem Artikel wird aber nicht geworben, sondern nur gesagt, unter welchen Bedingungen deutsche Arbeiter entl. nach Rußland gehen dürfen.

Seit unserem Bestehen sind wir bemüht, mit den freien Ge- werkschaften eine Aussprache über Zweck und Ziel unserer Vereinigung herbeizuführen, aber ohne jeden Erfolg. End- lich durch eine Anfrage unseres Genossen Hesselbarth an den Genossen Kusch, dem früheren Vorsitzenden der Berliner Ge- werkschaftskommission, gelang es, in der Generalversammlung der Metallarbeiter den Stein ins Rollen zu bringen. Die Anfrage lautete dahin, ob und wann eine Kommission nach Rußland ginge, um die dortigen Verhältnisse zu prüfen. Nach- dem der Antrag Kusch im Plenum der Berliner Gewerkschafts- kommission angenommen war, daß eine Kommission nach Rußland gehen solle, ersuchten wir die Kommission um eine Konferenz, um unsere praktischen Erfahrungen, welche wir durch ständige Füh- rung mit russischen Genossen in der Auswanderungsfrage gemacht hatten, zur Bewertung mitteilen zu können. Da nach unserer Ansicht der Warenaustausch mit Rußland mit der Aus- wanderung eng verknüpft ist, bot die "WAG" der Kommission ebenfalls verschiedene Ratsschlüsse an. In dieser Sitzung wurde von uns die Unterstützung in der Bekämpfung der plan- losen Auswanderung gefordert. Wir wiesen so prüfe, wie nur möglich, darauf hin, daß wir gegen jede Auswanderung sind und nur für einen organisierten und bedingten Einzug von deutschen Arbeitern eintreten. Bollmerhaus aber erklärte, daß nur die Gewerkschaften das Recht hätten, all diese Aufgaben in die Hände zu nehmen. Ein Schreiben vom Aus- schuß der Berliner Gewerkschaftskommission teilt uns mit, daß die

Morgen, Sonntag, den 5. September Internationaler Jugendtag mittags 12 Uhr in Pichelswerder (Lokal „Alter Freund“) Kein Jugendlischer darf fehlen!!!

- Gemeinsame Treffpunkte, vormittags 7 und 10 Uhr:**
 Nordost: am Bahnhof Bellevue Osten u. Nordosten: Balten- Nordost: Ketteldorfer Platz, Bahnh. Schleißer Bahnhof Hof Gesundbrunnen, Bahnhof (Radab., Ede Frühstück) Schönhauser Allee Südosten: Bödiger Bahnhof Centrum: Padescher Markt Süden und Südwesten: Wäckerplatz Westen: Bahnpark, Winter- feldplatz
- Treffpunkt einzelner Gruppen:**
 Soj. Proletarier-Jugend Wedding 1: 7 Uhr und 9 Uhr Mal- plaquetstr., Ede Kasarethstraße.
 Soj. Proletarier-Jugend Wedding 2: 7 Uhr Ketteldorfer Platz (Normalmehr).
 Soj. Proletarier-Jugend, Charlottenburg: 9 Uhr Wilhelmplatz
 Tägliche Jugendgemeinschaft Gesundbrunnen: 9 Uhr Bahnhof Gesundbrunnen (Eingang Badstraße).

Gewerkschaften alle Auswanderungsbestrebungen bekämpfen und auch unserer Gewerkschaft jede Tätigkeit unterbinden wird. Wir teilen dem Berliner Ausschuss in aller Deutlichkeit mit, daß wir kein Verein sind, der die Auswanderung unterstützt, sondern bekämpft. Uns zu bekämpfen, ist mit der Förderung der planlosen Auswanderung gleichzusetzen. Der Redaktion des A. D. G. B. haben wir sämtliches Material, sowie alle Zuschriften, welche unser Wollen und Sollen behandeln, zugestellt, auch der Artikel von Genossen Hesselbarth, den leider erst jetzt die "Freiheit" veröffent- licht, ist schon vor vier Wochen der Nachrichtenstelle zugegangen. Bis zur Stunde ist vom A. D. G. B. noch nicht eine Anfrage an uns gelangt, obwohl wir immer wieder um eine Aus- sprache gebeten haben. Im Reichsauswanderungs- amt sitzt ein Vertreter der Gewerkschaften, ihm müssen die Flugblätter zu Gesicht gekommen sein, die wir dort ausgelegt haben, um über die Unmöglichkeit der Auswanderung ohne die Gewerkschaften aufklären zu wirken. Dem Gewerkschaftsbund ist dieses Flugblatt bekannt. Wir müssen aber die Re- daktion der Nachrichtenstelle fragen, in welcher Zeitung hat eine Anzeige gestanden, daß von der D. R. Z. G. Arbeiter gesucht werden? Wir können trotz eifrigsten Bemühens nirgends eine solche Anzeige finden. Es ist eine böswillige Verleumdung, wenn die Nach- richtenstelle behauptet, wir lassen solche Anzeige los, nicht eine ein- zige derartige Anzeige ist bis jetzt von uns aufgegeben worden. Daß die Warenaustausch-Genossenschaft eine Ge- nossenschaft ist, die nachweislich nur das Bestreben hat, die Inter- essen der Arbeiterschaft zu fördern, können wir zu jeder Zeit be- weisen. Sicher ist, daß diese Genossenschaft von Genossen geleitet wird, die dazu berufen sind, positive Arbeit auf diesem Gebiete zu leisten und fällt diese Genossenschaft gewiß schon jetzt der von Leuten ins Leben gerufenen, aber nicht lebens- fähigen Deutschen Oekonomisten-Gesellschaft u. s. h. auf die Herzen. Es ist empörend, daß eine Spitzen- organisation, wie der A. D. G. B., dem die Personen als politisch und gewerkschaftlich organisiert bekannt sind, mit Verdächtigun- gen operiert, welche nur als gemein bezeichnet werden können. Der A. D. G. B. scheint von der Massenpsychologie, in jedem Men- schen einen Schieber zu sehen, schwer belastet zu sein. Er weiß nichts mehr davon, daß es noch Sozialisten gibt, welche ohne jeden persönlichen materiellen Vorteil für die Arbeiter eintreten und wirken. Im übrigen müssen wir noch einmal erklären, daß wir nicht früher gewillt sind, von unseren Unternehmen Abstand zu nehmen, bis die Gewerkschaften und Parteien ernsthaft gewillt sind, die Aufgaben, die wir uns gestellt haben, zu erfüllen. Ge- nosse Dittmann hat endlich den Anfang gemacht, die Wahrheit über die Auswanderungsfrage in die Öffentlichkeit zu bringen. Für uns lagen diese Tatsachen schon seit Monaten klar, das beweisen die Artikel, die wir schon seit Februar veröffentlicht haben, und die die Grundzüge der D. R. Z. G. wiedergeben, ebenso unsere Ver- sammlungen gegen die Auswanderungsbestrebungen, die wir überall in den in Betracht kommenden Industriebezirken abge- halten haben. Max Hesselbarth.

Wir halten uns für verpflichtet, die Zuschrift des Genossen Hesselbarth angefügt und mit allen ihren Verheiten zu veröffentlichen, obwohl wir es als Mangel dieser Zuschrift empfinden, daß sie sachliche Einwendungen gegen den Teil der Anfrage des Gewerkschaftlichen Nachrichtendienstes, der die Warenaustausch-Genossenschaft betrifft, nicht enthält. Allerdings erging sich auch der Nachrichtendienst nur in allgemeinen Behauptungen. Wir gehen so ausführlich auf diese Dinge ein, weil wir meinen, daß die Arbeiterschaft fordern kann, daß ihr klarer Wein über Wert und Tätigkeit der Organi- sationen, um die es sich hier handelt, eingegeben wird. Mit gegenseitigen Beschimpfungen ist ihr nicht gedient. Die Deutsch- Russische Industrie-Gewerkschaft wirkt mit Flugblättern Mit- glieder in der Arbeiterschaft. Sie muß also selbst an voller Auf- klärung über die Beschuldigungen interessiert sein. Eine weitere Aufgabe der Gewerkschaften dürfte es sein, sich ernsthaft mit der Auswanderungsfrage zu beschäftigen und den Auswande- rungsdrang der Arbeiter, soweit als möglich, in geregelte Bahnen zu lenken. Uns will scheinen, daß sie darin schon allzuviel ver- säumt haben.

Ein eigenartiger Geschäftsbericht

Die Seifen-Herstellung- und Vertriebsgesellschaft Von Alfred Kofe, Mannheim.

Die Seifen-Herstellung- und Vertriebs-Gesellschaft, Berlin, hat am 30. Juni ihre Generalversammlung abgehalten. Der darüber veröffentlichte, fast übereinstimmende Bericht, der in einigen Nach- zeitschriften zum Abdruck gekommen ist, wurde von diesen ohne Kommentar aufgenommen, trotzdem vorher in nicht zu überbie- der Weise die Befestigung des Syndikates gefordert wurde, und trotzdem einige Feststellungen dieses "Geschäftsberichtes" direkt zur Kritik herausfordern. Es heißt dort:

"Das ganze Vermögen sei da, 24 500 000 Mk. stehen zur Ver- fügung, trotzdem will der U. V. als vorsichtiger Geschäftsmann auf 1000 Kilogramm Verarbeitungsquote nur 10 Mk. zur Aus- schüttung bringen, für die kleinen hilfslegenden Betriebe wieder einen Zuschuß von 1:20 Mk. Weiter würden pro Tonne 100 Mk. in Reserve genommen zur Ausschüttung nach Klärung der Lage."

Der zur Verfügung stehende Betrag macht etwa 60 Prozent des etwa 40 Millionen betragenden Einlagekapitals aus. Davon soll 10 Mk. pro Tonne Fettverarbeitung — 1 Prozent des Einlage- kapitalis der Gesellschafter — zur Auszahlung gelangen, ferner 1 bis 20 Mk. pro Tonne für die hilfslegenden Betriebe (die meist nicht teil- nehmen), was ungefähr weitere 4 Prozent des Einlagekapitals aus- machen dürfte und 100 Mk. pro Tonne für alle — 10 (!) Prozent des Einlagekapitals — sollen nach Klärung der Lage als Gewinn ausgeschüttet werden. Was ist damit gemeint? Ist das Syndikat, dessen Geschäftsjahr bereits am 31. Dezember 1919 abgeschlossen hat, sich seit dieser Zeit über seine Lage noch nicht im Klaren? Oder soll die Bilanz, die doch den Bücherabluß vom 31. Dezember 1919 wiedergeben muß, noch eine Änderung oder Klärung erfahren? Oder hängt die Klärung mit einer dritten Frage zusammen, die doch auf den vorjährigen Geschäftsabluß nicht mehr von Einfluß sein kann: "Als weitere Zahlen aus den Büchern wurden genannt . . . das Handlungskontenkonto 5 900 000 Mk. Wie sieht sich dieser Betrag zusammen?"

Die Funktionen des Syndikates entsprechen ungefähr denen der Geschäftsführung eines Einzelbetriebes. Sie erstrecken sich auf die Anordnung der Geschäftsvorgänge und die Kontrolle. Anordnun- gen wie Kontrollen werden schablonenmäßig getroffen, wie es in einem Großbetriebe eben nicht anders möglich ist. In Anbetracht dieses Umstandes erscheint der Betrag, der dem Etat des Reichs- tages nahe kommt, ganz enorm. Zum besseren Verständnis wäre es zweckmäßig gewesen, wenn eine Detaillierung des Betrages in Gehälter, Mieten, Drucksachen usw. gegeben worden wäre, was bei einer geordneten Buchführung, wie sie auch das Syndikat haben dürfte, ohne besondere Mühe möglich ist. — Es wird weiter be- richtet:

"Eine längere Diskussion entspann sich dann am Schluß noch über Herabsetzung des Preises besonders von Waschlupfer von 7 Mk. auf 4,20 Mk. Dem Antrag, der von dem Bezirk 6 Köln gestellt war, versuchten einige Kölner Großhändler mit aller Macht zur Abstimmung zu verhelfen. Da aber laut Satzungen nur eine Abstimmung mit Stimmzettel auf Grund der Contingenzzahl möglich gewesen wäre, was bei der hohen Anzahl der Anwesenden sicher einige Stunden in Anspruch genommen hätte, so war die Versammlung nicht mehr dafür zu haben. Wäre der Antrag durchgegangen, so hätte die Herab- setzung des Preises für das Syndikat — und wer sonst hätte den Verlust tragen sollen — einen Fehlbetrag von rund 100 Mil- lionen ergeben."

Um einen Fehlbetrag der Syndikate abzuwenden, soll das deut- sche Volk 7 Mk. für das Pfund Seifenpulver (also rund 25mal soviel wie für die wesentlich bessere Qualität vor dem Kriege) zahlen?"

Die in hoher Anzahl anwesenden Seifenfabrikanten verschanzten sich hinter einen Paragraphen der Satzungen, um den durchaus be- rechtigten Antrag der Kölner Großhändler zu Fall zu bringen, weil — man von einem Fehlbetrag von 100 Millionen Mark gesprochen hat. Woher dieser riesenbetrag überaus entstehen soll, ist nach den Veröffentlichungen, die das Warena- und Rohstoffkonto mit insgesamt nur 42 000 000 Mk. angeben, nicht ersichtlich, ebensowenig, wie Sachleute und Gelehrte sich den Seifenpulverpreis von 7 Mk. pro Pfund errechnen können. Zur Befestigung von Zweifeln wäre es angebracht, wenn die Kalkulation, die die Billigung des Reichs- wirtschaftsministeriums gefunden hat, veröffentlicht würde, damit uninteressierte Sachleute dazu Stellung nehmen können.

Will und kann das Syndikat oder dessen Überwachungsamt Antwort auf die von mir gestellten Fragen geben? Das deutsche Volk, dem die Summe von 7 Mk. für die in einem Pfund Seifen- pulver enthaltenen 50 (fünfzig) Gramm Seife abverlangt werden, hat ein Recht darauf, eine klare Antwort zu erhalten!

Der Grubenstreik in Amerika

Rotterdam, 3. September.

Aus Wilkesbarre (Pensylvanien) wird gemeldet, daß gestern vormittag gegen den Willen der Gewerkschaftsleiter ein großer Streik in den Anthrazitbergwerken ausbrochen ist; über 100 000 Bergleute sind auskändig.

Austausch der Gefangenen. Die Reichsneutralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit, daß bis einschließlich 31. August 1920 auf dem Wege über die Office belm- bodert wurden aus Deutschland 44 606 Russen, aus Rußland 83 499 Geiselskinder aller Nationen, darunter 11 248 Deutsche.

Die deutschen Kohlenlieferungen. Im französischen Senat teilte der Arbeitsminister mit, daß die deutschen Kohlenliefe- rungen vom 1. bis 28. August 1 537 004 Tonnen betragen. Mit Berücksichtigung der Lieferungen der drei letzten Tage des August befreit sich die Augustlieferung auf über 1,6 Millionen Tonnen. Das Frankreich durch die Reparationskommission unter Zugrundelegung des Abkommens von Spa zugedachte Kontingente betrage 1 550 000 Tonnen.

Die Wiedergutmachungs-Konferenz in Genf soll am 24. September zusammentreten.

Die Hamburger Hafenarbeiter haben den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses, der ihnen einen Löhnerhöhungsschlag von 2 Mk. pro Tag zugestanden, abgelehnt. Das Reichsarbeitsministerium soll ersucht werden, einen besonderen Schlichtungsausschuss einzusetzen, denn bei einem Streik der Hafenarbeiter Hamburgs würde das gesamte Wirtschaftsleben Deutschlands in Mitleidenschaft ge- zogen.

Die "Frankfurter Zeitung" ist für die Dauer eines Monats, vom 3. September ab, im besetzten Gebiete verboten worden, und zwar wegen mehrerer für die Besatzungsbehörde anscheinlich beleidigender Artikel.

Russisch-norwegische Verhandlungen. Der Vertreter der Sowjet- regierung in Kopenhagen, Litwinow, ist gestern nach Norwegen abgereist, wo er mit der norwegischen Regierung über die Wieder- aufnahme der Handelsbeziehungen zwischen Norwegen und Sowjet- rußland in Verhandlungen treten wird. Es ist unbekannt, ob Litwinow nach Kopenhagen zurückkehren wird.

Die Opfer der irischen Unruhen. Nach einer amtlichen Dubliner Meldung wurden in der Woche vom 23. bis 31. August in Belfast 20 Personen getötet und 279 verwundet. Von den Opfern sind 145 Protestanten und 124 römisch-katholisch.

Das Koalitionsrecht der Beamten in Frankreich. Wie die Blätter melden, ist gegen die Beamtenvereinigungen, die sich in Syndikate umgewandelt haben, auf Verlangen des Post- und des Kolonialministers eine Untersuchung eingeleitet worden, da der Zusammenschluß der Beamten in Syndikate gesetzlich ver- boten sei.

Serbien bleibt neutral. Bei der Eröffnung des Parlaments erklärte der Ministerpräsident Pentsch, daß Serbien in dem russisch-polnischen Konflikt neutral bleibe.

Grubenarbeiterstreik in Amerika. Nach einer Meldung aus New York haben die amerikanischen Grubenarbeiter, die unzufrieden mit der von Wilson gebotenen Löhnerhöhung sind, den Streik beschlossen.

